



18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 18/ 7466
05.06.13/Ka.

ULA
(§ 28, 2)

Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend keine Hochrisikotechnologie Fracking in ganz Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass das Regierungspräsidium Darmstadt dem Unternehmen BNK die Aufsuchungserlaubnis zur unkonventionellen Erdgassuche mittels der Hochrisikotechnologie Fracking im Gebiet Adler South in Nordhessen auf Grundlage der beiden Gutachten des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie sowie von Frau Prof. Böhm versagen will. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass in Nordhessen und auch in den übrigen Gebieten Hessens aufgrund der Umweltgefährdungen kein Fracking zum Einsatz kommen darf. Er fordert die Landesregierung auf, diese Hochrisikotechnologie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.
2. Der Landtag lehnt den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten ab. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, dem Gesetzesantrag des Landes Schleswig-Holstein zur Änderung des Bundesberggesetzes, Drucksache 285/13, im Bundesrat zuzustimmen. Darin soll der Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie verboten werden.
3. Der Landtag begrüßt die generell verpflichtende Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur unkonventionellen Erdgasaufsuchung und -gewinnung, die aus der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen, Drucksache 388/11, hervorgegangen ist. Allerdings ist diese nur als Mindestvoraussetzung zu werten, da sie nicht geeignet ist, den Gefahren des Einsatzes der Fracking-Technologie für die Bevölkerung und die Umwelt hinreichend Rechnung zu tragen. Die Studien des Umweltbundesamtes (UBA) und des Landes Nordrhein-Westfalen haben deutlich gemacht, dass die Risiken für Mensch und Umwelt

1817466

technisch nicht sicher beherrschbar sind sowie Wissensdefizite über mögliche weitere Risiken bestehen.

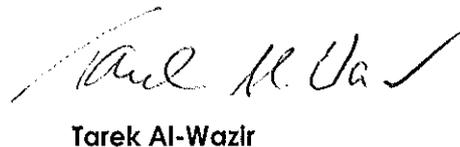
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine weitere Bundesratsinitiative zur Verschärfung der bergrechtlichen Rahmenbedingung für die Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten mithilfe der Fracking-Technologie zu starten. Die betroffene Bevölkerung und die Kommunen müssen ein Recht auf ausreichende öffentliche Beteiligung erhalten. Die unterirdische Verpressung des umweltgefährdenden Lagerstättenwassers, des sogenannten Flowbacks, ist zu untersagen. Daneben müssen die Handlungsempfehlungen des UBA-Gutachtens zu all den von ihnen aufgezeigten Risiken der Fracking-Technologie umgesetzt werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein sofortiges Moratorium für die Anwendung der Fracking-Technologie in Hessen zu verhängen, solange es keine ausreichende bundesrechtlichen Regelungen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor der Hochrisikotechnologie Fracking gibt.

Wiesbaden, 05. Juni 2013

Für die Fraktion
Der SPD
Der Fraktionsvorsitzende


Thorsten Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende


Tarek Al-Wazir